

Backbord



Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Kiel

Kommunalpolitik im Würgegriff der Finanzmisere

Die Ursachen des finanziellen Bankrotts der Städte und Kommunen lassen sich wie folgt skizzieren:

1. Bund und Länder wälzen öffentliche Aufgaben auf die kommunale Ebene ab, die diese zu finanzieren haben ohne entsprechend zusätzliche Mittel dafür zu erhalten (HARTZ IV; Kindergärten, Schulen)
2. Die Steuergesetze entlasten vor allem Großkonzerne, die sich damit z.B. der Zahlung der Gewerbesteuer teilweise oder vollständig entziehen können
3. Eine Politik, die darauf abzielt, in Prestigeprojekte (Kiel-Kanal, Spaßbad Hörn) zu investieren und dafür die notwendigen finanziellen Mittel im sozialen Bereich kürzt
4. Die Schuldenbremse der öffentlichen Haushalte. Durch den EUROPÄISCHEN FISKALPAKT, der im September 2012 in Kraft trat, verpflichten sich die Vertragsparteien zur Verringerung ihrer Schulden, sobald sie über 60% des Bruttoinlandproduktes betragen. Um die Schuldenbremse einzuhalten, verlagert der Bund immer mehr öffentliche Ausgaben auf die Länder und diese wiederum auf die Kommunen.

Tatsächlich handelt es sich hier um eine Umverteilung von Arm zu Reich, denn die Finanzlage wird dazu genutzt, um eine riesige Welle der Privatisierung öffentlichen Eigentums durchzusetzen und damit dem Kapital, das sich in einer Überproduktionskrise befindet, neue Felder für Investitionen und damit der angestrebten Profitmaximierung zur Verfügung zu stellen.



Abbildung 1: Störaktion am/im Landtag

Die Hauptergebnisse dieser Politik sind:

Enteignung der BürgerInnen um Betriebe, die bisher in öffentlichem Eigentum waren. Privatisiert werden stets aber nur die profitablen Bereiche, die anderen verbleiben bei den Kommunen, wodurch sich deren Situation weiter verschärft.

Durch die Privatisierung werden sie der öffentlichen Kontrolle entzogen und damit auch der Steuerungsmöglichkeiten.

Damit einher gehen Arbeitsplatzverluste, Deregulierung der Arbeitsbedingungen, Senkung

von Löhnen und Gehältern, sinkende Steuereinnahmen und steigende Sozialausgaben. Dies wiederum führt zum schrittweisen Abbau öffentlicher Leistungen.

Private Konzerne nutzen ihre eigenen Tochterfirmen oder Subunternehmen für ihre nötige Infrastruktur. Dies hat unmittelbare Folgen für die Kolleginnen und Kollegen der ortsansässigen Betriebe. Diese verlieren Aufträge und reagieren darauf mit Arbeitsplatzabbau, Lohndumping usw. Die Folgen daraus drehen so die Finanzspirale immer weiter nach unten, Städte und Kommunen verarmen immer mehr.

Diese Politik betrifft alle Lebens-, Arbeits- und Einkommensverhältnisse der arbeitenden Menschen.

Konkret für Kiel:

Bezahlbare Energie, Buspreise und Wohnungen – das funktioniert nicht mit Privatinvestoren

Mehrer Betriebe der öffentlichen Daseinsvorsorge der Kieler Bevölkerung sind bereits privatisiert oder teilprivatisiert und damit „Spielball“ von Dividendenjägern und Spekulanten. Wenn private Unternehmen etwa die Wasser- und Stromversorgung der Bevölkerung nutzen, um Profite zu machen, sind Arbeitsplätze in Gefahr und die Preise für diese Dienstleistungen nicht mehr beeinflussbar.

Anteile und Anlagen verscherbelt = Know How weg, Einnahmen futsch, Lohndumping und Mietwucher belasten die Kieler Bürger

Die *Kieler* Stadtwerke beispielsweise gehören heute nicht mehr mehrheitlich der Stadt. Schon im Jahr 2000 wurde ein Anteil von 51% an ein texanisches Unternehmen verkauft, das später Insolvenz anmeldete. Vorher dienten die Gewinne aus Strom und Wärme zur Finanzierung anderer defizitärer Betriebe, wie z.B. der KVAG (öffentlicher Nahverkehr). 2004 wurden die Anteile dann vom Mannheimer Energieversorger MVV übernommen, der selbst teilprivatisiert ist. Daraufhin kam es wie erwartet zu Einsparungen, Ausgliederungen von Betriebsteilen und gewinnträchtigen Bereichen und es gingen Arbeitsplätze verloren. Für die Öffentlichkeit nicht nachvollziehbare Geschäfte dienen Verschleierung der tatsächlichen betriebswirtschaftlichen Verhältnisse:

Wussten Sie, dass das gerade für 12,3 Mio € fertig gestellte neue Verwaltungsgebäude der Stadtwerke Kiel auf dem Gelände in Hassee wieder verkauft und jetzt „zurückgepachtet“ wird?

Die Stadt hat insgesamt einen großen Anteil an den abfallenden Gewinnen verloren, außerdem ist die Möglichkeit der Mitbestimmung stark eingeschränkt. Zwar sind vertraglich eine



Abbildung 2: Aktuelles Firmenlogo

Dividendenzahlung und angeblich auch eine „Gemeinwohlverpflichtung“ festgelegt, der Vertrag wurde allerdings nie öffentlich gemacht. Die genauen Bedingungen sind daher unklar.

Um Dividenden auszahlen zu können, wurden Gewinnrücklagen angegriffen, und dieses Geld fehlt jetzt bei anderen Projekten. Im Zuge von Energiereformen sollen umweltschädliche Erzeugungsformen ersetzt werden, so wurde auch die Laufzeit des

Kohlekraftwerks Ost begrenzt. Dafür soll bis 2016 für 220Mio€ ein Gaskraftwerk gebaut werden. Um dies finanzieren zu können, machten die MVV den Vorschlag, die Stadt solle auf ihre Gewinndividende verzichten. Damit wird den öffentlichen Kassen noch mehr Geld entzogen werden!

Bis 2012 wurden immer gute Gewinne aus dem Verkauf schmutzigen Kohlestroms erzielt, den man wenigstens zur Finanzierung der Ersatzinvestition für ein neues Kraftwerk hätte verwenden können... Wo ist das Geld geblieben?

KVG verscherbelt – teuer Fahrscheine, Lohndumping

Auch die zeitweise Teilprivatisierung der Kieler Verkehrsbetriebe war für die Stadt ein riesiges Verlustgeschäft. Die KVG wurde 2003 anteilig verkauft, für nur 12.450 Euro.

Erst 2009 ging sie wieder in kommunaler Hand über, für einen Rückkaufpreis von über 1 Million. Für diese Rekommunalisierung mussten vor allem die Angestellten zahlen!



Abbildung 3: KVG-Bus

Kommunale Wohnungsbaugesellschaften gingen an Spekulanten

Der Verkauf der Kieler Werkswohnungen und der KWG an private Finanzinvestoren spülte nur kurzfristig Geld in den kommunalen Haushalt. Die Wohnungen sind Gegenstand der Gewinnsspekulation ständig wechselnder Eigentümer, die die Häuser verkommen lassen und die Mietern erhöhen. So muss jetzt aus dem Kieler Haushalt der erhöhte Zuschuss für Mieter mit geringem Einkommen gezahlt werden – eine eher wachsende Gruppe in der Bevölkerung: Hartz IV-Empfänger, Rentner, Alleinerziehende, Familien, die sich mit mehreren Minijobs.

An diesen Beispielen wird klar, dass die Privatisierung öffentlicher Betriebe nur den privaten Investoren in die Hände spielt. Den BürgerInnen gehen Arbeitsplätze und Versorgungssicherheit verloren und die Kommunen werden weiter in die finanzielle Misere gedrängt.

In Zukunft könnten sich aber auch Chancen zur Besserung ergeben: 2016 laufen beispielsweise die Konzessionsverträge für die Strom-, Wasser-, und Fernwärmenetze aus. Sie können entweder 2 Jahre vorher öffentlich ausgeschrieben oder von der Stadt zurückgekauft werden. So könnte sich die Stadt Kiel einen ersten Bereich der öffentlichen Versorgung wieder aneignen und unsere Stadtvertreter bekommen Einsicht in die Geschäftsunterlagen und Verträge.

Dies wäre ein erster Schritt zur Rekommunalisierung wichtiger Versorgungsbereiche. Letztlich kann aber nur eine wirkliche Vergesellschaftung der Betriebe faire Verteilungs- und Arbeitsverhältnisse schaffen.

Kommunale Finanznot kann nur durch eine Verlagerung von Steuereinnahmen in die Kassen der Kommunen und eine Erhöhung der in den vergangenen Jahren drastisch gesenkten Steuern (Körperschaftsteuer von 25 auf 15% 2008 und der Einkommenssteuerspitzenätze von 53 auf 42%).

Wir erwarten von unseren Stadtvertretern und Kandidaten für das Kommunalparlament, dass Sie sich für diese Forderungen einsetzen:

- ☞ Stopp weiterer Privatisierungen von städtischen Betrieben und Einrichtungen der Daseinsvorsorge
- ☞ Rückkauf der Netze für Wasser, Strom und Wärme unter Berücksichtigung des derzeitigen Zustandes und Zusicherung der Gewährleistung eines ordnungsgemäßen Betriebs
- ☞ Transparenz der Verträge, die die Stadt mit gewinnorientierten Unternehmen geschlossen hat
- ☞ Preisstopp für Strom und Wärme

DKP-Kiel



Abbildung 4

Privatisierung auf Landesebene trifft auch Kommunen

Privatisierung öffentlichen Eigentums verhindern – beim UKSH und anderswo!

Die Verwertungslogik des Kapitals bezahlen immer die Menschen

Im Jahr 2008 stand das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein, kurz UKSH, auf Betreiben der damaligen CDU/FDP-Regierung vor der Vollprivatisierung. Das UKSH mit seinen Standorten in Lübeck und Kiel ist bis heute das einzige Klinikum der Maximalversorgung und größter Arbeitgeber in Schleswig-Holstein mit über zehntausend Beschäftigten, welche wiederum überwiegend weiblich sind.

Jetzt, vier Jahre später, steht das UKSH „nur noch“ vor einer Öffentlich-PrivatenPartnerschaft, kurz ÖPP, zur Sanierung der Gebäude, evtl. aber auch vor einer Teil-Übernahme der Kredite durch das UKSH selbst.

Die verschiedenen Landesregierungen Schleswig-Holsteins – egal in welcher Zusammensetzung – haben lange nichts in die bauliche Substanz des UKSH investiert – und das ist typisch für öffentliche Einrichtungen. Wenn dann alles marode ist, kein Geld in den kommunalen Kassen vorhanden und eine Schuldenbremse im Haushalt installiert ist – dann bleibt angeblich nur noch der Rückgriff auf private Investoren – und genau das ist die Strategie der herrschenden Klasse.

Abbildung 5: Uni-Klinikum in Kiel



Es ist auch nicht das einzige Klinikum, von dem sich Länder und Kommunen auf Grund klammer Kassen den Heilsegen durch Verkauf erhoffen. Mittlerweile ist der Anteil privater Kliniken in Deutschland höher als z.B. in den USA.

Besonders gravierend ist jedoch der Verkauf von Universitätskliniken, die eine Maximalversorgung für alle auf höchstem Standard, sowie Forschung und Lehre in öffentlicher Hand garantieren sollen.

Ganz im neoliberalen Sinn sollen Krankenhäuser wirtschaftlich geführt werden, Patient/innen werden Kund/innen und die lieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen schufteten bis zum Anschlag.

Der Abbau von Fachkräften und ihr Ersatz durch angelesene Helfer/innen und Assistent/innen, der Personaleinsatz aus Tochtergesellschaften – mit schlechteren Tarifen und Leiharbeitskräften – verdrängen immer mehr tariflich abgesichertes Personal und erschweren zugleich die Kampfbedingungen der Beschäftigten.

Dazu kommt noch, dass es eine unüberschaubare Anzahl an Teilzeitkräften u.a. in prekären Beschäftigungen gibt, und dies betrifft natürlich vor allem die Frauen.

Die Privatisierungspläne der damaligen CDU/FDP-Regierung führten zu massenhaften Protesten der Beschäftigten, ihrer Gewerkschaften, den Student/innen, von Initiativen und der Bevölkerung. Diese sorgten dafür, dass das Projekt erst mal auf Eis gelegt werden musste – es war politisch nicht durchsetzbar! Das war ein riesiger Erfolg und zeigt, dass diese Breite an gesellschaftlichem Druck Pläne der herrschenden Politik durchkreuzen kann.

Das aber wird die Politik nicht auf sich beruhen lassen – und so sucht sie nach anderen Wegen: aber auch das favorisierte Modell des Sanierungs-ÖPP fand nicht viele Freunde, denn auch ÖPP ist eine Form der Privatisierung!

Die Personalräte am UKSH, die Gewerkschaft ver.di, die Vertrauensleute u.a. blieben und bleiben hartnäckig. Daher will die jetzige Landesregierung aus SPD, Grünen und SSW prüfen, ob nicht das UKSH selbst einen Teil der notwendigen finanziellen Mittel als Kredite aufnimmt.

Das ist ein schöner Trick der Landesregierung: Das UKSH selbst belastet sich mit den Krediten, die Landesregierung hält die Schuldenbremse ein, steht als Bremser von Privatisierungen gut da und der Druck auf die Beschäftigten wird kanalisiert – keine Privatisierung, aber das UKSH hätte die Schulden und dafür müsste auf Kosten der Beschäftigten noch mehr gespart werden – sie müssten solche Entscheidungen ausbaden.

Dabei wurde schon in den letzten Jahren kräftig gespart: alle sogenannten „patientenfernen“ Abteilungen (wie Küche, Boten, Reinigung usw.) wurden in Tochtergesellschaften ausgegliedert, Labore u. a. Einrichtungen zentralisiert, Sanierungstarifverträge abgeschlossen und Personal abgebaut.

Trotz aller Anstrengungen ist es dem UKSH aber nicht gelungen, schwarze Zahlen zu schreiben. Wie auch – die Kosten für die Patientenversorgung sind gedeckelt, alles was

darüber hinaus an Leistungen erbracht wird, muss das Klinikum selbst tragen.

Wenn jetzt das UKSH auch noch den Kredit für die Sanierungen aufnehmen soll – was eigentlich Landesaufgabe ist – steht das Klinikum binnen kürzester Zeit vor der Pleite! Den dann angeblich wieder einzigen Ausweg kennt man schon: Privatisierung auf UmwegenD



Abbildung 6: Logo UKSH Kiel

Mit dieser Politik, die mit den Reformen im Gesundheitswesen schon vor Jahren auf den Weg gebracht wurden, lässt sich kein Krankenhaus der Maximalversorgung in schwarze Zahlen fahren. Von Gewinnen gar nicht zu reden!

Alle Menschen in Schleswig-Holstein werden also weiterhin den Widerstand der betrieblichen Interessensvertretungen, der Beschäftigten, Gewerkschaften und den außerparlamentarischen Druck brauchen. Denn niemand darf sich täuschen lassen: die herrschende Politik hält an den Vorhaben des Ausverkaufs der öffentlichen Aufgaben fest – und dabei natürlich nur an denen, die profitabel im Sinne des Kapitals sind.

Mit der Schuldenbremse wurde ein Instrument geschaffen, um die Verwertungsbedingungen des Kapitals zu verbessern, indem der Staatsanteil an der Gesamtwirtschaft zurückgedrängt und soziale Leistungen abgebaut werden können. Mit dieser Umverteilungspolitik werden dem Kapital neue Anlagemöglichkeiten vom Staat zur Verfügung gestellt. Die Zeche zahlen die hier die Beschäftigten und die Patient/innen im Gesundheitswesen, es trifft aber auch alle Arbeitnehmer/innen in den ehemals staatlichen Betrieben, die Steuerzahler/innen in den Kommunen, Kund/innen ehemals öffentlicher Einrichtungen, etc. – also potentiell Jede und Jeden in unserem Land!

Die Verhinderung der Privatisierung öffentlichen Eigentums muss folglich mehr als bisher Thema des Abwehrkampfes gegen die Offensive des Kapitals werden, weil sie alle Lebens-, Arbeits- und Einkommensverhältnisse der arbeitenden Menschen betrifft.

Redebeitrag auf dem 20. Parteitag der DKP

Keine Nazis in die Parlamente!

Recht habt ihr mit eurer Forderung, werden jetzt sicher einige denken, doch was soll das zu den Kommunalwahlen am 26. Mai? In Kiel tritt die NPD gar nicht an, also bleiben die Nazis doch sowieso draußen.

Richtig ist, die NPD kandidiert in diesem Jahr nicht als Partei in der Landeshauptstadt.

Hermann Gutsche jedoch, Spitzenkandidat der "Wahlalternative Kieler Bürger (WaKB)", sitzt momentan als Mitglied und Abgeordneter der NPD in der Kieler Ratsversammlung. Viele werden sich noch erinnern an die erste Ratsversammlung nach der Wahl vor 5 Jahren. Hier noch einmal eine kurze Zusammenfassung:

Im April 2008 wurde nach der Wahl gegen den - aufgrund von Überhangmandaten erfolgten - Einzug des Nazis Gutsche vor dem Rathaus und demonstriert. Viele Kieler AntifaschistInnen hatten ihren Protest deutlich gemacht:

Keine Nazis ins Rathaus! und Das ist unsere Stadt! Hier ist kein Platz für Nazis!

waren u.a. die Aussagen.

Bei einem Angriff der Nazis wurden auch Demonstranten verletzt. Eine ganze Reihe von Überfällen auf Einrichtungen wie den Kinderladen in der HansasträÙe 48, das Wohnprojekt

Dampfziegelei, die Alte Meierei, den Buchladen Zappata folgten. Im April 2009 wird, wie alle sicher noch in Erinnerung haben, ein Tänzer des Kieler Theaters von Nazis so niedergeprügelt, dass ein mehrwöchiger Krankenhausaufenthalt und Berufsunfähigkeit die Folge sind. Es gibt weitere Scheibeneinwürfe bei Zapata und Dampfziegelei, Schüsse auf die Alte Meierei. Der "Fußballclub Bollstein Kiel" in Mettenhof wird als ein von bekannten Mitgliedern der Naziszene betriebener Club geoutet, der einen Sportplatz der



Landeshauptstadt nutzt. Im Dezember 2012 eröffnet in Kiel Gaarden ein Laden, der mit sogenannten Einbruchwerkzeugen handelt – verantwortlich für diesen Laden zeichnen ebenfalls bekannte Nazis.

Dies sind nur einige Beispiele aus Kiel, die seit der Kommunalwahl 2008 in Kiel bekannt wurden. Sie reichen aber um deutlich zu machen, dass auch in dieser Stadt Faschisten versuchen ihre Ideologie mit verschiedenen Mitteln durchzusetzen und dabei nicht vor Gewalt zurückschrecken.

Wir wissen auch aus unserer Geschichte, dass und wie Nazis gegen Menschen vorgehen, die nicht in ihr Weltbild passen.

Nach der Befreiung vom Faschismus in Deutschland haben ehemalige Insassen des Konzentrationslagers Buchenwald geschworen:

Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

Wir fordern das **Verbot und Auflösung der NPD** und anderer Naziorganisationen, wie es das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland im Artikel 139 vorsieht.

Inzwischen ist auch öffentlich bekannt, dass z.B. die Mitglieder des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) in das bundesweite Netzwerk der deutschen Neonazis eingebunden waren. Und auch die Verflechtungen des deutschen Innengeheimdienstes (Verfassungsschutz) mit faschistischen Gruppen sind kein Geheimnis mehr.

Die DKP fordert die Auflösung der Geheimdienste wie Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst (BND) und Militärischer Abschirmdienst (MAD). Denn mit Hilfe des Staates werden faschistische Gewalt und Mord nicht verhindert, sondern eher befördert. AntifaschistInnen hingegen werden oft kriminalisiert und für ihr engagiertes Auftreten gegen Faschisten bestraft, beobachtet und verfolgt. Wer das nicht hinnehmen will, sollte sich engagieren:

sich antifaschistischen Gruppen und Initiativen anschließen, sich an Demonstrationen gegen Aufmärsche, Geschäfte, Kundgebungen von Nazis zu beteiligen, Veranstaltungen mitorganisieren, gegen Rassismus auftreten.

Eine andere Möglichkeit ist es, **den Stimmzettel zum Denkmittel zu machen.**

Hermann Gutsche von der NPD und seine Gefolgsleute in den 25 Wahlkreisen Kiels wollen die Rechte und Freiheiten des Grundgesetzes für sich nutzen und beanspruchen Wahl-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit.

Wir sagen:

Der Faschismus und seine Vernichtungsideologie ist ein Verbrechen und kein schutzwürdiges Gedankengut.

Egal in welchem Mantel und unter welcher Maske Nazis auftreten oder an Wahlen teilnehmen:

Keine Stimme den Nazis!

Bettina Jürgensen

Aufruf der SDAJ zum Nord Pfingstcamp in Kiel Falkenstein

Politik und Party am Ostseestrand

Die Uhr tickt, bald ist es soweit, vom 17. bis 20. Mai findet das Pfingstcamp Nord der SDAJ in Kiel am Falkensteiner Strand statt. Es sind alle Jugendlichen aus dem gesamten Norden des Landes eingeladen, mit zu lernen, zu feiern und einfach eine gute Zeit zu haben. Lernen sich zu wehren Unter dem Motto „Lernen wie wir kämpfen müssen“ wird es eine Diskussion von Gewerkschaft, JAV und SDAJ darüber geben, warum die Gewerkschaftsbewegung sich derzeit in der defensive befindet und wie wir das ändern können.

Sommer, Sonne und Cuba

Mit welchen Problemen der sozialistische Karibikstaat bei seiner Gründung zu kämpfen hatte und vor welchen Herausforderungen die kubanische Bevölkerung neuerdings steht, wird thematisiert.

Vielfältiges Angebot

Außerdem erwartet die Teilnehmenden Workshops zu den Themen Antifaarbeit, politische Prozessführung, SchülerInnenpolitik, eine Einschätzung zur aktuellen Lage in Syrien, Neues zur neuen Marx Lektüre und vieles mehr!

Wer den Kopf dann vor lauter neuem Wissen voll hat, ist eingeladen sich beim „Street-Art Workshop“ künstlerisch auszuleben, am Fußballturnier teilzunehmen oder sich im berühmten „Hamburger Fünfkampf“ zu behaupten. Alternativ bietet sich immer an den nahegelegenen Strand zu besuchen.



Abbildung 7: Am Strand in Kiel Falkenstein

Und sonst?

Karten gibt es ab 25€ bei der nächsten SDAJ Gruppe oder vor Ort! Fremdalkohol ist unerwünscht. Im Eintrittspreis ist Frühstück, Mittagessen Zeltplatznutzung und das gesamte Programm enthalten.

Für mehr Informationen besucht: nord.sdaj-pfingstcamp.de

Pressemitteilung der SDAJ-Wasserkante

Ich will mehr Infos über die DKP 	
Name/Vorname	<input type="text"/>
Straße	<input type="text"/>
PLZ / Ort	<input type="text"/>
Telefon	<input type="text"/>
E-Mail	<input type="text"/>
Ausfüllen, ausschneiden & abschieken an: DKP-Parteivorstand • Hoffnungstraße 18 45127 Essen • Homepage: www.dkp.de • E-Mail: dkp.pv@t-online.de	